

Behördliche Namensänderung

Information

gemäß Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung für behördliche Namensänderungen

Die Namensänderungsbehörde erfasst Ihre persönlichen Daten gemäß des Antragsvordruckes, eventuell gesonderter Begründung und die zum Nachweis der persönlichen Daten oder der Begründung und Prüfung der gesetzlichen Voraussetzungen erforderlichen Unterlagen. Teile dieser Daten (Anrede, Name, beantragter Name, Namenszusatz, Vorname, beantragter Vorname, Vaters-/Zwischen-/Mittlename, Geburtsname, Geburtstag, Geburtsort, Staatsangehörigkeit deutsch, Staatsangehörigkeit ausländisch, Anschrift, Postleitzahl, Telefon) werden außerdem in einer Serienbrief-Datenquelle erfasst, um sie für Regelanfragen, Verfügungen und sonstige Formblätter sowie Urkunden und Benachrichtigungen elektronisch verarbeiten zu können.

Verantwortlich für die Datenerhebung ist die Stadt Regensburg, Postfach 110643, 93019 Regensburg, E-Mail stadt_regensburg@regensburg.de, Telefon 0941/507-0. Sie erteilt nähere Auskunft zur Verarbeitung Ihrer Daten und ist zuständig, soweit Sie Rechte im Zusammenhang mit der Verarbeitung von Daten geltend machen wollen.

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitungstätigkeiten ist das Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen (NamÄndG).

Die Namensänderungsbehörde benötigt Ihre Daten, um Ihren Antrag daraufhin bearbeiten zu können, ob die Voraussetzungen für die behördliche Namensänderung gegeben sind.

Herausgegeben werden die Daten im Rahmen der rechtlich vorgeschriebenen Regelanfragen an die Polizei, an das Vollstreckungsgericht und das Bundeszentralregister, ggf. an das Amtsgericht und das Jugendamt. Ferner erfolgen nach vollzogener Namensänderung rechtlich vorgeschriebene Benachrichtigungen an betroffene Standesämter für die Beischreibung in den Personenstandsregistern, an die zuständige Meldebehörde und eventuell an Amtsgericht oder Polizei und an Verfahrensbeteiligte.

(Bitte beachten Sie weitere Hinweise zur DS-VGO auf der Internet-Seite der Stadt Regensburg www.regensburg.de zu Personenstandsrecht und Führung des Melderegisters)

Den **Behördlichen Datenschutzbeauftragten** der Stadt Regensburg, Postfach 110643, 93019 Regensburg, erreichen Sie per E-Mail: datenschutz@regensburg.de oder unter Telefon 0941/507-2114. Mit Fragen und Beschwerden können Sie sich auch an den Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz wenden. Dieser oder Ihr zuständiger Mitarbeiter in der Namensänderungsbehörde erteilt Ihnen auch Auskunft zu Ihren Rechten als betroffene Person nach der Datenschutz-Grundverordnung.

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

- a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO).
- b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DS-GVO).
- c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO zutrifft.

Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DS-GVO.

- d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Meldebehörde gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DS-GVO).

Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.

- e) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DS-GVO).

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Aufsichtsbehörde gegenüber öffentlichen Stellen ist der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz:

Der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz

Postfach 22 12 19, 80502 München (Postanschrift)

Wagmüllerstraße 18, 80538 München (Hausanschrift)

Telefon: 089/212672-0

Fax: 089/212672-50

E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de

Internet: www.datenschutz-bayern.de